

Samstag, 30. September 2023

Region

Die Grünen werfen der SVP einen Vertrauensbruch vor

Die Bieler Grünen sind nicht einverstanden mit der Kampagne gegen den Theater-Kredit. Damit missachte die SVP eine Abmachung.

Deborah Balmer

Rund 2000 Flyer mit dem Sujet einer ausgemergelten Kuh hat die Bieler SVP vor gut zwei Wochen drucken lassen und diese an ausgewählte Adressen verschickt. Das sagt SVP-Stadträtin und Fraktionspräsidentin Sandra Schneider über die Kampagne, mit der die Partei den Stimmberechtigten empfiehlt, am 22. Oktober den Kredit für das Theater Orchester Biel Solothurn (Tobs) abzulehnen.

16 Millionen Franken für die kommenden vier Jahre. Das ist für die SVP zu viel Geld. Vor allem, weil es der Stadt finanziell schlecht geht. Laut Sandra Schneider hat ihre Partei seit der Lancierung viel Zuspruch erhalten. Viele würden es nicht verstehen, dass ausgerechnet das Tobs weiterhin jedes Jahr so viel Geld erhalten soll. Schliesslich würden die Sparmassnahmen ja jeden treffen.

Doch es gibt Widerstand gegen die Kampagne der SVP. Anfang Woche ist bekannt geworden, dass die überparteiliche Pro-Seite ebenfalls eine Kampagne lanciert. Mit Testimonials, die sie in den sozialen Medien verbreitet und in denen bekannte Köpfe sagen, weshalb ihnen das Tobs – und auch die Stadtbibliothek, über deren Finanzierung ebenfalls abgestimmt wird – am Herzen liegt.

Der Bieler Grünen-Stadtrat und Parteipräsident Stefan Rüber sieht im Vorgehen der SVP und ihrer Nein-Kampagne ein grundsätzliches Problem. «Wir waren irritiert, als wir erfuhren, dass die SVP eine Kampagne gegen das Tobs lanciert hat», sagt



Vor ein paar Jahren ist Pjotr Iljitsch Tschaikowskis einaktige Oper rund um die Prinzessin Iolanta im Bieler Stadttheater aufgeführt worden. Das Tobs sei ein hochstehendes Kulturangebot, das der regionalen und überregionalen Bevölkerung zugänglich sei, so das Pro-Lager.

Bild: Matthias Käser/a

Rüber. Zwar sei es üblich, dass Parteien Abstimmungsempfehlungen abgeben. Doch die SVP gehe einen Schritt zu weit.

Gegen Absichtserklärung verstossen?

«Natürlich hätte es uns überrascht, wenn die SVP empfohlen hätte, die Tobs-Vorlage anzunehmen. Doch darum geht es nicht», sagt Rüber, der in der SVP-Kampagne einen zu starken Bezug zu einer aktuellen politischen Debatte sieht. «Mich stört, dass nicht nur über Kultur geredet wird, sondern dass finanziell argumentiert wird. Im Sinne

von: Wir haben kein Geld für das Tobs», sagt der Stadtrat.

Worauf spricht Rüber an? Nach langem Ringen um Sparmassnahmen und einem Ende 2022 abgelehnten Budget für die Stadt Biel haben sich am 19. Januar dieses Jahres die Partei- und Fraktionspräsidenten im Blöschhaus getroffen, und eine Absichtserklärung unterzeichnet.

Nach der gescheiterten Budget-Abstimmung galt es nämlich einen Weg zu finden, wie die Parteien die Stadtfinanzen auf einen besseren Pfad bringen können. In der erwähnten Absichtserklärung ist die Rede von Koope-

ration und von einem gemeinsamen Vorgehen, wenn es um das Ergreifen von Massnahmen zur Stabilisierung der Finanzen geht. Und genau das sieht Rüber nun nicht eingehalten.

«Die SVP hat jetzt aber die erstbeste Gelegenheit genutzt, um diese Kampagne zu lancieren und damit gegen diese Abmachung verstossen», sagt Rüber. Er hat seinen Unmut in einer Fraktionserklärung des Grünen-Bündnis zusammengefasst und diese in der Stadtratssitzung von letzter Woche an die Parlamentarier verteilt. Nicht nur von Irritation ist in der Fraktionserklärung die

Rede, sondern auch von Enttäuschung.

SVP: «Wir sind auch enttäuscht»

«Wir sind auch enttäuscht, dass keiner die Diskussion um das Tobs führen wollte», sagt Sandra Schneider. Es komme ihr so vor, als dürfe keiner diesen grossen Finanzposten berühren. Zwar sei in Aussicht gestellt worden, dass man künftig darüber nachdenken werde, wo im Tobs allenfalls gespart werden könne, doch eben erst in einigen Jahren.

«Wir wollen aber nicht ver-
tröstet werden, sondern die Stadt-

finanzen jetzt sanieren. Wir hatten deshalb vorgeschlagen, dass man die Leistungsverträge nur für zwei Jahre abschliesst, wurden aber nicht ernst genommen», sagt Schneider, die ergänzt, dass die SVP selbstverständlich die Absichtserklärung mittrage. «Wir haben sie ebenfalls unterschrieben.» Einen Vertrauensbruch sieht sie im Vorgehen der SVP nicht.

GLP: «Das gehört zur Politik»

Der GLP-Fraktionspräsident und studierte Politologe Dennis Briechle, dessen Partei im Stadtrat Stimmfreigabe beschlossen hat, zeigt wenig Verständnis für die Fraktionserklärung und die Kritik der Grünen. «Vor Abstimmungen seine Positionen zu vertreten, gehört zur Politik», sagt Briechle.

Da es am 22. Oktober nun mal um einen Kredit für das Tobs gehe, könne die Diskussion schlecht ohne finanzpolitischen Hintergrund geführt werden. «Für mich ist die Kritik der Grünen kleinlich», sagt er. Seiner Meinung nach widerspreche es der Absichtserklärung, wenn jetzt gewisse Institutionen für vier Jahre von allen Debatten ausgenommen sind.

Die Linken wiederum argumentieren, dass man durchaus bereits Sparmassnahmen getroffen habe, wenn auch indirekte: Denn die Kultureinrichtungen der Stadt blieben trotz Zeiten der Inflation von einem Teuerungsausgleich ausgeschlossen. Laut Stefan Rüber kommen so Beträge von mehreren Hunderttausend Franken zusammen, die man nicht ausbe.